

Auf Bundes- wie auch auf kantonaler Ebene erleben wir einen sukzessiven Abbau des so genannten Service public. Durch die Sparpaketpolitik unseres Kantons hat sich die Problematik bei uns verschärft. Allen Departementen sind Sparauflagen auferlegt worden, die nur durch einen Stellenabbau, die damit verbundene Reduktion des Personalkörpers und durch den Abbau von Dienstleistungen erfüllt werden können. Nicht nur die kantonale Verwaltung, auch die subventionierten Institutionen sind davon betroffen.

Nachdem Bewohnerinnen und Bewohner unserer Region in der zweiten Septemberhälfte des vergangenen Jahres eindrücklich manifestiert haben, dass ihnen diese Entwicklung nicht passt, warten sie noch immer auf einen Positionsbezug der baselstädtischen Exekutive.

Aus politischer Sicht stellen sich für den Interpellanten folgende Fragen:

1. Wie kann der gesetzgeberische Service-public-Auftrag unter den Leistungsabbauprämissen noch wahrgenommen und verantwortet werden ?
2. Auf welche Art und Weise werden die vorgenommenen und noch geplanten Abbaumassnahmen der Öffentlichkeit im einzelnen mitgeteilt ?
3. Wie wird sich die im Dezember den Diensten auferlegte zusätzliche Sparauflage von 10 Millionen Franken auf diese Abbaumassnahmen auswirken ?
4. Wie gedenkt die Regierung den vorgesehenen quantitativen und qualitativen Abbau von Dienstleistungen den Bewohnerinnen und Bewohnern unter dem Aspekt der positiven Nachhaltigkeit zu erklären ?
5. Wie schätzt die Regierung die Lage ein, die sich für das Personal wegen der erschwerten Arbeitsbedingungen (Qualitätsabbau, höheres Stressrisiko und damit grössere Krankheitsanfälligkeit, Anhäufung von Überstunden etc.) ergibt, und wie beurteilt sie den nachhaltigen Einfluss auf das Arbeitsklima ?

Markus Benz